

Gern, Klaus-Jürgen; Kauffmann, Barbara; Trapp, Peter

Article — Digitized Version

Konjunktur in den Industrieländern weiter aufwärtsgerichtet

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Gern, Klaus-Jürgen; Kauffmann, Barbara; Trapp, Peter (1990) : Konjunktur in den Industrieländern weiter aufwärtsgerichtet, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 3-10

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1433>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunktur in den Industrieländern weiter aufwärtsgerichtet

Von Klaus-Jürgen Gern, Barbara Kauffmann und Peter Trapp

1. Das Aufschwungstempo in den Industrieländern hat sich seit dem Winterhalbjahr 1987/88 nahezu halbiert. Im ersten Halbjahr von 1990 dürfte das Bruttosozialprodukt mit einer laufenden Jahresrate von rund 3 vH gestiegen sein (Tabelle 1); das Wachstum des Produktionspotentials wurde damit nochmals leicht übertroffen. Besonders kräftig war die Zunahme der Exporte und der Anlageinvestitionen. Die Beschäftigung expandierte weiterhin zügig und die Arbeitslosenquote ging etwas zurück. Der laufende Preisanstieg in den OECD-Ländern verharrt seit Anfang 1989 bei etwa 6 vH.

Geldpolitik dämpft Konjunktur

2. Ausschlaggebend für die deutlich abgeschwächte konjunkturelle Entwicklung war die Geldpolitik. Angesichts der seit geraumer Zeit außergewöhnlich hohen Kapazitätsauslastung und wieder stärkerer Inflation haben sich die Notenbanken bemüht, eine Überhit-

Tabelle 1 - Bruttosozialprodukt, Inlandsnachfrage, Preisanstieg und Arbeitslosigkeit in den Industrieländern 1987-1990¹ - Veränderungen in vH gegenüber der Vorperiode auf Jahresbasis

	1987 2. Hj.	1988 1. Hj.	1988 2. Hj.	1989 1. Hj.	1989 2. Hj.	1990 ² 1. Hj.
Reales Bruttosozialprodukt						
Vereinigte Staaten	5,4	4,6	3,2	3,2	2,4	1,5
Europäische Gemeinschaft	4,7	3,7	2,9	3,6	2,7	3,0
Japan	7,3	5,3	5,6	4,0	5,9	5,0
OECD-Länder insgesamt	5,4	4,4	3,4	3,5	3,2	3,0
Reale Inlandsnachfrage						
Vereinigte Staaten	5,1	2,5	3,1	2,1	2,3	1,0
Europäische Gemeinschaft	6,0	4,2	4,4	3,4	2,9	3,0
Japan	8,7	8,3	5,7	5,5	6,7	5,5
OECD-Länder insgesamt	5,9	4,0	3,9	3,5	2,9	3,0
Konsumentenpreise						
Vereinigte Staaten	3,9	4,0	4,5	5,2	3,9	6,0
Europäische Gemeinschaft	2,8	3,2	4,2	5,9	4,9	5,0
Japan	1,0	0,0	1,8	2,1	3,2	2,5
OECD-Länder insgesamt	1,8	3,5	4,6	6,2	5,8	6,0
Arbeitslosenquote³						
Vereinigte Staaten	5,9	5,6	5,4	5,2	5,3	5,3
Europäische Gemeinschaft	10,1	9,8	9,6	9,1	8,8	8,5
Japan	3,8	2,6	2,5	2,3	2,2	2,1
OECD-Länder insgesamt	7,4	7,2	6,9	6,6	6,5	6,4

¹ Saisonbereinigt. - ² Teilweise geschätzt. - ³ In vH der Erwerbstätigen, Periodendurchschnitt.

Quelle: OECD, Paris: Quarterly National Accounts. Nr. 1, 1990; Main Economic Indicators. Nr. 5, 1990. - Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel: Europäische Wirtschaft, Beiheft A, Konjunkturtendenzen, April/Mai 1990; Wirtschaftliche Vorausschätzungen 1990-1991, Mai 1990. - Eigene Schätzungen.

zung der Konjunktur zu vermeiden. Dazu haben sie seit Sommer 1988 die Leitzinsen schrittweise erhöht; als Folge verringerte sich die Zunahme der Geldmenge M1 erheblich. Am deutlichsten zeigt sich die Wirkung dieser Politik auf die Konjunktur in den Vereinigten Staaten, wo bereits früh auf Inflationsbekämpfung umgeschaltet worden war und im Vereinigten Königreich, wo der Kurswechsel wegen der starken Konjunkturüberhitzung sehr drastisch ausgefallen war. In diesen beiden und in einigen kleineren Ländern war der Sozialproduktanstieg im ersten Halbjahr 1990 - bedingt durch die schwache Ausweitung der Inlandsnachfrage - deutlich niedriger als das Potentialwachstum. In den übrigen Industrieländern hat die Geldpolitik bislang nur die Zunahme der Kapazitätsauslastung gebremst, doch ist eine weitere Abschwächung der Konjunktur vorhersehbar.

3. Insgesamt dürfte die Geldmengenexpansion in den Industrieländern noch geraume Zeit mäßig bleiben, da die Inflationsrisiken von den Notenbanken wohl für beträchtlich gehalten werden. In den meisten Ländern sind zunehmend Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt sichtbar geworden, die sich in verstärkten Lohnerhöhungen niederschlagen. Gleichzeitig nimmt der Produktivitätszuwachs wegen der Kapazitätsengpässe ab, so daß die Lohnstückkosten beschleunigt steigen.

4. Für Westeuropa wird es von Bedeutung sein, daß die Deutsche Bundesbank die geldpolitischen Zügel wohl relativ straff halten wird, um zu verhindern, daß ein Nachfrageschub nach Gütern aus der Bundesrepublik, der sich bei der Einführung der D-Mark in der DDR ergeben könnte, zu einem nachhaltigen Anstieg der Inflationsrate führt. Sie wird die Bereitstellung von Zentralbankgeld bei der Währungsumstellung am Produktionspotential der DDR und danach am Wachstum der Produktionsmöglichkeiten im vergrößerten Währungsgebiet ausrichten. Dennoch sind deutliche Preissteigerungen auf Einzelmärkten in der Anfangsphase der deutschen Währungsunion wahrscheinlich. Zugleich ist ein Anstieg der Geldmarktzinsen nicht auszuschließen, insbesondere bei größeren Abhebungen von Sparguthaben in der DDR. Die beträchtlich steigende Kapitalnachfrage für die Sanierung der DDR wird die langfristigen Zinsen etwas erhöhen. Insgesamt dürfte die D-Mark im Europäischen Währungssystem (EWS) eher zur Stärke tendieren. Ziel der übrigen EWS-Länder ist es, eine Abwertung zu vermeiden, weil befürchtet wird, daß die dadurch ausgelöste Importverteuerung die Inflation anheizen könnte.

5. In Westeuropa ist somit mit einer Fortsetzung der relativ engen Geldpolitik zu rechnen. Diese Parallelität der monetären Entwicklung wird auch dadurch gefördert, daß Kapitalverkehrsbeschränkungen im Hinblick auf die zur Jahresmitte beginnende erste Stufe der europäischen Währungsunion weitgehend beseitigt worden sind. Die japanische Notenbank dürfte die Geldpolitik ebenfalls eher dämpfend gestalten, um dem beschleunigten Preisanstieg entgegenzuwirken.¹ In den Vereinigten Staaten war die Geldpolitik im Sommer 1989 zwar etwas gelockert worden, mit dem Ziel ein Abgleiten in eine Rezession zu vermeiden. Angesichts des immer noch recht starken Preisanstiegs wird die Notenbank aber doch an einem Kurs insgesamt nur mäßiger Geldmengenausweitung festhalten.²

Deutliche Unterschiede in der Finanzpolitik

6. Die Finanzpolitik ist zwar in den meisten Ländern bemüht, das Haushaltsdefizit und den Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt zu verringern, doch gibt es im einzelnen

¹ Vgl. den Beitrag zur Konjunktur in Japan von Klaus-Jürgen Gern, "Japan: Konjunktur verliert an Schwung", in diesem Heft.

² Vgl. den Beitrag zur Konjunktur in den Vereinigten Staaten von Barbara Kauffmann, "Konjunkturelle Schwächephase in den Vereinigten Staaten", in diesem Heft.

recht unterschiedliche Tendenzen. In den Vereinigten Staaten dürfte das Defizit im Bundeshaushalt 1990 weit über der Zielvorgabe des Gramm-Rudman-Gesetzes liegen. Trotz Einsparungen im Militärhaushalt steigen die Ausgaben – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Sanierung der Spar- und Darlehenskassen – kräftig. Die Einnahmen bleiben hinter den Haushaltsansätzen zurück, da die konjunkturelle Entwicklung schwächer ist, als im Haushaltsplan unterstellt wurde. Angesichts dieser Situation schließt die Regierung Steuererhöhungen als Mittel zum Defizitabbau nicht länger aus. Es ist wahrscheinlich, daß sie sich mit dem Kongress auf die Anhebung von Verbrauchsteuern und merkliche Ausgabenkürzungen einigen wird. Die Finanzpolitik wird im Haushaltsjahr 1991 insgesamt dämpfend auf die Konjunktur wirken.

7. In Westeuropa versuchen die meisten Regierungen, den Anstieg der Staatsausgaben merklich unter dem des nominalen Bruttosozialprodukts zu halten und die Steuern zu senken. Insbesondere die Sätze der Körperschaftsteuer sind in vielen Ländern bereits erheblich reduziert worden oder sollen noch gesenkt werden, um das Inland als Investitions- und Produktionsstandort attraktiver zu machen. Trotz Steuerentlastungen fließen die Einnahmen wegen der günstigen Konjunktur zumeist reichlich; die Budgetdefizite werden leicht zurückgehen.

Ein deutlich abweichender finanzpolitischer Kurs ist nur in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen worden; dort werden im Zusammenhang mit der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion die Ausgaben und das Defizit des Staates beträchtlich zunehmen.³ In Westeuropa insgesamt wirkt die Finanzpolitik in erheblichem Maße angebotserweiternd, zugleich aber auch nachfrageanregend. In Japan schließlich wird die Regierung dem Drängen der amerikanischen Administration wohl nachgeben und zusätzliche öffentliche Investitionen vornehmen; die kräftig expandierende Inlandsnachfrage wird dadurch zusätzlich angeregt werden. Gleichwohl wird die öffentliche Kreditaufnahme wohl merklich sinken, da die Einnahmen stark steigen.

Zinsrobuste Konjunktur in Westeuropa

8. Während der Zinsanstieg in den Vereinigten Staaten und in Japan die Absatz- und Ertragsserwartungen gedämpft und erhebliche Irritationen auf den Finanzmärkten ausgelöst hat, hat sich das Konjunkturklima in Westeuropa bisher nur wenig eingetrübt. Positiv dürfte sich hier ausgewirkt haben, daß im Verlauf der achtziger Jahre in vielen Ländern Hemmnisse für das Entstehen neuer Produktionen verringert, insbesondere auch Beschränkungen des Kapitalverkehrs aufgehoben und die Steuern gesenkt worden sind. Das hat dazu beigetragen, daß sich die Unternehmensinvestitionen, die in den ersten Jahren des Aufschwungs nur wenig Dynamik zeigten, kräftig belebt haben.

9. In die gleiche Richtung wirken das Programm zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992 und der Beschluß, Mitte 1990 mit der ersten Stufe der Europäischen Währungsunion zu beginnen. Die beschlossene Beseitigung der Grenzkontrollen und der nichttarifären Handelshemmnisse im Zuge der Verwirklichung des Binnenmarktes bedeutet eine beträchtliche Deregulierung vor allem für die Dienstleistungsbereiche. So sind 1989 wichtige Vereinbarungen über einen einheitlichen Bankenmarkt, eine europäische Wettbewerbspolitik und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs verabschiedet worden. Die Öffnung der Finanzmärkte strahlt zunehmend auch auf die übrigen westeuropäischen Länder

³ Vgl. hierzu den Beitrag Günter Flemig, Enno Langfeldt, Peter Trapp, "Bundesrepublik Deutschland: Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR stützt Konjunktur", in diesem Heft.

aus. So sollen die Finanzmärkte in Finnland, Norwegen und Österreich dereguliert werden, um mehr ausländische Anleger anzulocken. Keine Einigung konnten die Mitgliedsländer der EG über die Harmonisierung der indirekten Steuern erzielen. Doch soll ab 1993 eine Übergangslösung gelten, die es erlaubt, die Grenzkontrollen abzuschaffen. Dies bedeutet, daß es nicht nur bei den direkten, sondern auch bei den indirekten Steuern einen Wettbewerb zwischen den Ländern geben wird, der in der Tendenz auf eine Senkung der Steuersätze hinwirkt und dadurch das Angebot anregt.

Zusätzliches Wachstumspotential durch Wirtschaftsreformen im Osten

10. Erhebliche wirtschaftliche Impulse werden von den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa erwartet. Der Übergang zur Marktwirtschaft wird in diesen Ländern auf mittlere Sicht zu einer deutlichen Verstärkung des Wirtschaftswachstums führen. Sie werden – zumindest in den Anfangsjahren – erheblich mehr Investitions- und Konsumgüter importieren als exportieren, also auf einen beträchtlichen Kapitalimport angewiesen sein. Teilweise haben diese Länder zwar schon eine starke Auslandsverschuldung; dies wird den Kapitalzufluß bei einer umfassenden marktwirtschaftlichen Reform aber nicht spürbar behindern, denn in diesem Fall werden sich private Anleger entweder direkt an Unternehmen mit guten Ertragsaussichten beteiligen oder selbst Unternehmen gründen. Je mehr damit auch ein Import von technischem und organisatorischem Wissen verbunden ist, um so rascher wird sich die Exportfähigkeit der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften verbessern.

11. Gegenwärtig entfallen über 80 vH des Handels der europäischen Staatshandelsländer mit westlichen Industrieländern auf Westeuropa. Diese Region wird wohl Hauptnutznießer des Nachfragesogs aus den mittel- und osteuropäischen Ländern sein. In den davon begünstigten Branchen wird die Rentabilität steigen und das Mehr an Produktion und Beschäftigung wird anregend auf die übrigen Bereiche der Wirtschaft ausstrahlen. Gleichzeitig nimmt allerdings der Wettbewerb um Kapital zu, die Zinsen werden also höher sein als sonst. Der Zinsanstieg in den letzten Monaten dürfte zum Teil damit, zum Teil aber auch mit der Unsicherheit über die künftige Inflationsentwicklung zusammenhängen.

12. Nicht nur im Osten wird durch die politische und wirtschaftliche Öffnung vieles in Bewegung kommen, auch in Westeuropa wird sich der Strukturwandel verstärken. Manche Bereiche werden sich unter dem Druck gestiegener Zinsen und zunehmender Konkurrenz von seiten der erstarkenden Wirtschaften im Osten umorientieren müssen oder Einbußen erleiden.

13. Die ordnungspolitischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa vollziehen sich allerdings nicht ohne Übergangsprobleme. Hinderlich macht sich vor allem bemerkbar, daß Wettbewerb, Privateigentum und Unternehmertum als Grundvoraussetzungen für die Marktwirtschaft erst unzureichend vorhanden sind. Wegen der Befürchtung sozialer Härten und eines Ausverkaufs der Wirtschaft werden die Abkehr von der staatlichen Planwirtschaft und die Öffnung der Märkte in vielen Ländern nur schrittweise vorgenommen. Dabei geraten die Staatsunternehmen zunehmend unter Wettbewerbsdruck, während sich die Bedingungen für private Investitionen nur zögernd verbessern, so daß der private Kapitalzufluß gering bleibt. Tatsächlich sind Nachfrage und Produktion in einigen Ländern in den letzten Monaten erheblich gesunken, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Kurzfristig ist von der Einkommensentwicklung der meisten mittel- und osteuropäischen Länder her keine so starke Ausweitung der Importnachfrage zu erwarten, daß die Konjunktur in den westeuropäischen Ländern spürbar angeregt würde.

14. Nur in der DDR ist im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Juli 1990 schon bald ein Nachfrageschub wahrscheinlich. Die Währungsumstellung und die Finanzhilfen an die DDR bedeuten einen massiven finanzpolitischen Impuls. Die dadurch induzierte zusätzliche Nachfrage nach westlichen Gütern wird unmittelbar vor allem in der Bundesrepublik wirksam. Da hier die Angebotselastizität wegen der sehr hohen Kapazitätsauslastung gegenwärtig gering ist, wird der Nachfrageschub zu einem kräftigen Importsog führen.

15. Bei der Abschätzung der Wachstumsanstöße, die von der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa ausgehen, ist auch zu berücksichtigen, daß der Anteil des Handels der westlichen Industrieländer mit den Staatshandelsländern bisher relativ gering ist (Tabelle 2). Für die Europäische Gemeinschaft betrug der Anteil der Exporte (einschließlich innerdeutscher Handel) in die RGW-Länder am Gesamtexport 1989 nur knapp 3 vH. Klammert man die DDR aus, so werden die von der neuen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa ausgehenden Impulse auf die westeuropäische Wirtschaft in diesem und im nächsten Jahr nur wenig Gewicht haben. Infolge der kräftigen Nachfrageexpansion in der DDR dürfte das Bruttosozialprodukt jedoch in Westeuropa um etwa einen viertel Prozentpunkt stärker steigen, als es sonst der Fall wäre. Der Überschuß der Bundesrepublik im Warenverkehr mit den westeuropäischen Ländern wird spürbar abnehmen, gegenüber der DDR wird er steigen.

Ausblick: Kapazitätsauslastung bleibt hoch, wenig veränderter Preisanstieg

16. Die konjunkturelle Grundtendenz in diesem und im nächsten Jahr wird durch den Kurs der Geld- und der Finanzpolitik bestimmt: Die Geldpolitik wirkt nachfragedämpfend und dominiert die Finanzpolitik, die eher anregt. In Westeuropa wird das Wachstum allerdings durch die Errichtung des europäischen Binnenmarktes und die Öffnung der Planwirtschaften in Mittel- und Osteuropa begünstigt, so daß die dämpfenden Wirkungen teilweise ausgeglichen werden.

17. Die Löhne in den Industrieländern werden 1990/91 angesichts beträchtlicher Gewinnerhöhungen in den vergangenen Jahren und der angespannten Arbeitsmarktlage wohl merklich stärker steigen als bisher. Die immer noch hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern, die verstärkte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch die Vollendung des EG-Binnenmarktes und die Öffnung in Osteuropa sowie vermehrte Importkonkurrenz aus Südostasien verhin-

Tabelle 2 - Anteil der europäischen Staatshandelsländer am Außenhandel der OECD-Länder in vH¹

	OECD-Länder insgesamt ²	Vereinigte Staaten	Japan	Europäische Gemeinschaft ²	Bundesrepublik Deutschland ²
Exporte					
1980	3,6	1,7	2,8	3,9	6,3
1988	2,4	1,1	1,5	2,7	4,7
1989	2,5	1,5	1,4	2,8	5,1
Importe					
1980	3,4	0,6	1,5	4,2	6,1
1988	2,4	0,5	1,8	3,1	5,1
1989	2,3	0,4	1,8	3,1	5,1

¹ Sowjetunion, DDR, Polen, CSFR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien. - ² Einschließlich des Handels zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Quelle: OECD, Monthly Statistics on Foreign Trade. Paris, November 1981, 1989 und 1990. - Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik. Stuttgart, lfd. Jgg.

Tabelle 3 - Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den Industrieländern 1989-1991 - Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (vH)

	Gewicht in vH ¹	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		1989	1990 ²	1991 ²	1989	1990 ²	1991 ²
Bundesrepublik Deutschland ³	8,8	4,0	4,0	3,0	3,0	3,0	4,0
Frankreich	7,0	3,7	3,0	3,0	3,6	3,5	3,0
Italien	6,1	3,2	2,5	2,0	6,3	6,5	6,0
Vereinigtes Königreich ⁴	6,1	2,3	1,0	2,0	7,8	8,5	6,5
Spanien	2,5	4,9	3,5	2,5	6,8	7,0	6,0
Niederlande	1,7	4,0	3,5	3,0	1,1	2,0	2,5
Belgien	1,1	4,4	3,5	3,0	3,1	3,0	3,0
Dänemark	0,8	1,1	1,5	2,5	4,8	3,5	4,0
Griechenland	0,4	2,9	2,5	2,0	13,7	14,0	13,0
Portugal	0,3	5,5	3,5	3,0	12,6	11,5	10,0
Irland	0,2	5,7	3,5	3,0	4,0	4,0	4,0
EG-Länder	35,0	3,5	3,0	2,5	5,0	5,0	5,0
Schweiz	1,4	3,1	2,5	2,0	3,2	5,0	3,0
Schweden	1,3	2,0	1,0	1,5	6,5	8,5	7,0
Österreich	0,9	3,8	3,5	2,5	2,5	3,5	3,5
Finnland	0,8	4,8	2,5	2,0	6,6	6,5	5,5
Norwegen	0,7	2,3	2,0	2,0	4,6	4,5	4,0
Westeuropa	40,1	3,4	3,0	2,5	4,9	5,0	5,0
Vereinigte Staaten ³	35,4	3,0	1,5	2,0	4,8	5,0	4,5
Japan ³	20,9	4,9	4,5	3,5	2,3	2,5	3,0
Kanada	3,6	2,9	1,5	2,0	5,0	5,0	6,0
Länder insgesamt	100,0	3,5	2,5	2,5	4,3	4,5	4,5

¹ Auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts von 1988. - ² Prognose, auf halbe Prozentpunkte gerundet. -
³ Bruttosozialprodukt. - ⁴ Durchschnitt des Bruttoinlandsprodukts nach dem Entstehungs- und nach dem Verwendungskonzept.

Quelle: OECD, Paris: Quarterly National Accounts. Nr. 1, 1990; Main Economic Indicators. Nr. 5, 1990. - Eigene Berechnungen und Schätzungen.

den aber vermutlich Lohnanhebungen, die so stark ausfallen, daß sich die Notenbanken zu einem abrupten Abbremsen der Konjunktur in den Industrieländern veranlaßt sehen, um die Inflation zu bekämpfen.

18. Der reale Wechselkurs des amerikanischen Dollars wird einerseits durch die relativ hohen Zinsen außerhalb der Vereinigten Staaten gedrückt; andererseits wird er durch das Nachlassen des Preisanstiegs in den Vereinigten Staaten gestützt. Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, daß der US-Dollar in der zweiten Hälfte dieses Jahres und 1991 etwa auf dem Stand von Mitte 1990 verharren wird. Gegenüber der D-Mark wird ein Kurs von etwa 1,65 DM/US-\$ im Durchschnitt des Jahres 1991 unterstellt. Weiterhin wird angenommen, daß sich der Preis für Rohöl - bei insgesamt nur noch mäßig zunehmender Nachfrage - um etwa 18 US-\$ pro Barrel bewegen wird. Bei den Rohstoffpreisen wurde für 1990 ein leichtes Sinken und für 1991 in etwa Konstanz in die Rechnung einbezogen.

19. Die Zunahme des Bruttosozialprodukts der Industrieländer dürfte bei diesen Annahmen 1990 und 1991 mit 2,5 vH etwa dem Wachstum des Produktionspotentials entsprechen (Tabelle 3). Eine deutlich unterdurchschnittliche Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird für die Vereinigten Staaten, Kanada, das Vereinigte Königreich und

Schweden erwartet. In Japan und in den meisten westeuropäischen Ländern ist dagegen mit einem überdurchschnittlichen Anstieg zu rechnen. Die Zahl der Beschäftigten wird vermutlich weiter ausgeweitet werden, doch dürfte dies bei merklich zunehmendem Arbeitsangebot kaum ausreichen, um die Arbeitslosigkeit nochmals spürbar zu verringern. Mit der Verlangsamung der Konjunktur wird die Expansion des Welthandels an Schwung verlieren. Sie wird 1990 und 1991 vermutlich jeweils 5 vH betragen nach rund 8 vH im Vorjahr. Der Preisanstieg wird trotz des verstärkten Lohnkostenanstiegs wohl bei 4,5 vH verharren. Hier wirkt sich die seit geraumer Zeit recht enge Geldpolitik dämpfend aus.

Summary

Continued Upswing in the Industrial Countries

Since winter 1987/88, the speed of economic expansion in the industrial countries has nearly halved. In the first half of 1990, GNP grew at an annual rate of 3 p.c.; this was again somewhat higher than the growth rate of potential GNP. The increase in exports and in fixed investment was particularly strong. Employment continued to expand vividly, and the rate of unemployment declined somewhat. Since the beginning of 1989, inflation in the OECD countries has remained at 6 p.c.

The main reason for the considerable slowdown of economic activity is that central banks, faced with high capacity utilization and high inflation rates, have gradually increased their interest rates since summer 1988. As inflation persists, we expect monetary policy to keep monetary expansion at a moderate pace for quite a while. In most countries, constraints in the labor market, leading to accelerated wage increases, have become visible. At the same time, in view of growing capacity bottlenecks, the increase in productivity is declining, which results in faster rising unit labor costs.

In most countries, fiscal policy is striving at a decrease of the budget deficit and of the share of government expenditures in GNP, though there are large differences between countries. In the United States, the deficit of the federal government is expected to considerably exceed the official Gramm-Rudman deficit limit. For fiscal 1991, it is likely that Congress and the Administration will reach a compromise to raise consumption taxes and to cut expenditures substantially. Therefore, fiscal policy in the U.S. will dampen economic activity.

In Western Europe, most governments will try to keep the increase in government expenditures markedly below the growth of nominal GNP and to cut taxes. The exception is the Federal Republic of Germany, where, in connection with the Economic and Monetary Union with the German Democratic Republic, government expenditures and deficits are expected to rise considerably. In Japan, the government finally seems to yield to the pressure of the US-Administration and make additional public investment.

The political and economic changes taking place in Middle and Eastern Europe are generally expected to lead to considerable economic impulses. Western Europe supposedly will be the main beneficiary of these developments. Presently, more than 80 p.c. of trade of the European Comecon countries with Western industrial countries fall on Western Europe. However, when estimating the growth effects to be expected from the changes in Middle and Eastern European countries, it should be considered that the Comecon countries' share in the trade of Western industrial countries is relatively small until now. For the European Community, the share of exports to the Comecon countries (including intra-German trade) in total export was less than 3 p.c. in 1989.

In addition, the implementation of the reforms in the Eastern European economies has met severe transitional problems. Because of the apprehension of social frictions and of a buy-out of the economy, central planning is reduced only gradually and markets are opened up only slowly in most countries. In this process, state-owned enterprises are increasingly getting under competitive pressure, while the inflow of private capital is remaining low because the conditions for private investment are not improved decisively. Actually, the last few months saw a remarkable decline of demand and production in some countries, and unemployment has risen considerably. Due to sluggish growth of income, demand for imports in most of the East European countries will expand only moderately, so that the direct effects on the Western economies will be negligible in the short run. Albeit, the German Economic Unification will push up GNP in Western Europe by 1/4 percentage point in 1991.

In 1990 and 1991, economic conditions in the industrial countries will be determined by the course of monetary and fiscal policy: Monetary policy dampens demand and dominates fiscal policy which is slightly stimulating. In Western Europe, dampening effects are partly offset by stimuli to growth stemming from the implementation of the European Single Market and the opening of centrally-planned economies in Eastern Europe.

Under these assumptions, GNP will grow by about 2.5 p.c. in this year and in the next. This will correspond roughly to the expansion of potential output. A considerably weaker growth of production is expected for the United States, Canada, the United Kingdom, and Sweden. In Japan and in most of the West European countries, economic activity remains strong, and the increase in production will exceed 2.5 p.c. Employment will expand further, but the increase of the labor supply will presumably prevent another perceivable reduction of unemployment. Expansion of world trade is expected to lose momentum as economic activity slows down; growth rates will be 5 p.c. in 1990 and 1991, after 8 p.c. in 1989. Despite rising labor costs, consumer price inflation in the industrial countries will remain at 4.5 p.c. due to the rather strict monetary policy.